

Leidenschaft für ein Dortmund würdevollen Arbeitslebens.
Rückblick auf eine Zeit des Umbruchs

Eberhard Weber zum 75. Geburtstag



Wilfried Kruse¹

Leidenschaft für ein Dortmund würdevollen Arbeitslebens. Rückblick auf eine Zeit des Umbruchs

Eberhard Weber zum 75. Geburtstag²

Die WAZ berichtet am 19. November 2010 von einer Veranstaltung der Sozialforschungsstelle unter dem Titel „Industriearbeiter – nur noch Geschichte?“, die zwei Tage vorher stattgefunden hatte. Drei Teilnehmer hebt der Artikel besonders hervor: den früheren Krupp-Hoesch – Arbeitsdirektor Dr. Alfred Heese, Landesarbeitsminister Guntram Schneider und den ehemaligen Vorsitzenden des DGB Östliches Ruhrgebiet, Eberhard Weber. Im Artikel heißt es dann: „Manchmal bekommen solche Tagungen unerwartete Wendungen: Denn für Weber und Heese geriet sie zur Würdigung ihres Lebenswerks“. Eberhard Weber war gerade seit 18 Tagen Rentner. Wir sind mitten im Thema und bei Personen – einschließlich uns von der Sozialforschungsstelle -, die in vielfältigen Bezügen miteinander in Verbindung standen³.

Vorboten eines tiefgreifenden Strukturwandels

1990 wird Eberhard Weber in Nachfolge von Guntram Schneider zum Vorsitzenden des Dortmunder DGB gewählt⁴, schon dies ein „Signal“: Weber als Gewerkschafter aus dem Öffentlichen Dienst folgt auf Metaller als der Spitze des Dortmunder DGB. Bergbau und Stahl prägten über Jahrzehnte auch die Gewerkschaftskultur der Stadt. Die Bergbau-Ära war mit der Schließung der letzten Zeche Minister Stein schon 1987 zu Ende gegangen. Bei Hoesch waren 1990 allerdings noch 16.500 Menschen beschäftigt; mit 70 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dominierte das verarbeitende Gewerbe; Anfang der 2000 sollte es bis auf wenige Anlagen keine Stahlproduktion mehr in Dortmund geben.

Es gab Vorboten zunehmender Probleme am Stahlstandort Dortmund; aber es war die „feindliche Übernahme“ von Hoesch durch Krupp, die 1992 das Schlimmste befürchten ließ. Der Zusammenschluss von Krupp und Thyssen im Jahr 1997 besiegelte dann das Ende der „Stahlzeit“ in Dortmund.

¹ Gemeinsam mit Rainer Lichte entstand die Idee zu dem Text; er begleitete die Arbeit an ihm.

² Im Oktober 2020. Den ursprünglichen Text erhielt Eberhard Weber als Geburtstagspost. Einige Tage später sah er ihn – wie das seine Art ist – Seite für Seite gründlich durch und machte auf Fehler aufmerksam; z.T. wichen auch Einschätzungen voneinander ab. Vieles, was Eberhard anregte, wurde aufgenommen. Die Verantwortung für den Text – und auch ggf. seine Irrtümer - bleibt selbstverständlich beim Verfasser.

³ Alfred Heese war bis 1994 erst Arbeitsdirektor bei Hoesch und dann bei Hoesch-Krupp und einer der prägenden Persönlichkeiten der besonderen Dortmunder Mitbestimmungskultur. Wilfried Kruse, Karl Lauschke, Rainer Lichte 2010: Alfred Heese. Akteur und Zeitzeuge der Mitbestimmung in der deutschen Stahlindustrie. Ein Portrait, Düsseldorf.

⁴ Vorvorgänger war Helmut Neukirch, der 1993 durch eine Broschüre geehrt wird, mit einem Geleitwort von Eberhard Weber: Wilfried Kruse, Rainer Lichte 1993: Vom Nordstadtjungen zum DGB-Vorsitzenden. Helmut Neukirch erzählt sein Leben, Dortmund

Auch die Massenproteste gegen den schrittweisen Abriss der Stahlindustrie in Dortmund fallen in die ersten Jahre von Webers Tätigkeit in Dortmund: der Protestzug der 30.000 auf der B 1 am 17. Februar 1993, im März 1997⁵ in einer großen Halle auf Phönix: „Für uns ist unvorstellbar, eine Konzeption mitzutragen, an deren Ende Massenentlassungen stehen“, sagte der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von Krupp Hoesch Stahl, Werner Nass, vor 6000 Stahlarbeitern in Dortmund.

Dieser tiefe Strukturbruch⁶ und die Herausforderungen, die mit seinen sozialen Folgen verbunden waren, prägten das Webers erstes Jahrzehnt als Vorsitzender des Dortmunder DGB in erheblichen Maße. Was Eberhard Weber und den DGB betraf, war dies – entgegen dem, was an Lähmung hätte erwartet werden können – eine offensive Periode, mit vielfältigen Initiativen zur Gestaltung des absehbaren Strukturwandels. Die Jahre bis zum Ende des Jahrzehnts sind vermutlich auch Jahre von lokal-kommunalem Einfluss, der sich danach trotz vieler Bemühungen nicht wieder so einstellen sollte. Dies soll kurz skizziert werden.

Regionalisierte Strukturpolitik

Regionalisierte Strukturpolitik war einer der Ansätze, die Anfang der 90er Jahre aufkamen und auch von der sozialdemokratischen NRW-Landesregierung vertreten wurden. Der in ihr angelegte *Branchenansatz* wurde von Eberhard Weber aufgegriffen, allerdings in einer breiteren, auf wirtschaftliche Vielfalt und soziale und beschäftigungsbezogene Ansätze orientierten Variante, die sich zugleich gegen jene kommunalen Ansätze richtete, die Infrastrukturmaßnahmen klassischen Zuschnitts und eine Großbetriebsorientierung fortsetzten.

Aus Sicht von Weber musste jeder regionale Branchenansatz als eine zentrale Komponente Arbeits- und Beschäftigungspolitik ausweisen; regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in ein enges und dynamisches Verhältnis zueinander gebracht werden. Daran wären Gewerkschaften und die betrieblichen Interessenvertretungen gemeinsam und „auf Augenhöhe“ zu beteiligen.

Um dies weiter zu fundieren, wurde zum Beispiel schon 1995 gemeinsam mit der Sozialforschungsstelle eine Tagung durchgeführt, um Erfahrungen aus anderen Regionen Europas kennenzulernen⁷. Auch dies ist übrigens eine der Arbeitsweisen von Weber: er sucht – was nicht selbstverständlich war – die Zusammenarbeit mit arbeitsorientierter Wissenschaft und ist darauf neugierig, und er findet sie; hatte sich doch in NRW seit den 80er Jahren eine

⁵ Ministerpräsident ist zu dieser Zeit der 2020 verstorbene Wolfgang Clement, ebenfalls SPD, wie Eberhard Weber. Er ist gewissermaßen das „Gegenbild“: schon während dessen Zeit in Dortmund reibt sich Weber an ihm wegen dessen wirtschaftsnaher und gegenüber den Interessen der Arbeitnehmer*innen eher arroganten Haltung. Später wird Clement als „Superminister“ für Wirtschaft und Arbeit im Kabinett Schröder der entschlossene Umsetzer der sogenannten „Hartz-Gesetze“, die Weber insbesondere wegen des unterlegten Menschenbildes, dem damit verbundenen Umgang mit Arbeitslosen, vor allem aber der zu erwartenden Expansion prekärer Beschäftigung und damit verbundenen Schwächung der Gewerkschaften für völlig verfehlt hielt und die seinem sozialdemokratischen Grundverständnis radikal widersprachen.

⁶ Man konnte also durchaus von einer „erschöpften Region im Schatten der Globalisierung“ (Dörre) sprechen.

⁷ Deutscher Gewerkschaftsbund Dortmund (Hg) 1996: Kleinbetriebe, Weiterbildung, Regionale Wirtschaftskraft. Europäische Ansätze und Dortmunder Perspektiven, Dortmund

„Szene“ praxis- und reformorientierter sozialwissenschaftlicher Institute entwickelt. So konnte bei ISA-Consult in Bochum ein *Branchenreport* in Auftrag gegeben werden, der 1996 erschien und acht Branchenportraits enthielt, die explizit *auch* von Entwicklungspotenzialen in vorhandenen Wirtschaftszweigen ausging. Diese Konzepte wurden in die lokal-regionalen Diskurse eingespeist, wozu auch der von der Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt⁸ betriebene *Arbeitskreis Strukturpolitik* zählte.

Man kann also durchaus sagen, dass sich der DGB mit Eberhard Weber in der Mitte der 90er Jahre – also deutlich vor der entscheidenden Fusion von Krupp mit Thyssen 1997 – in eine wichtige lokale Initiativ-Funktion gebracht hatte⁹.

Kommunaler Umgang mit dem anlaufenden Strukturwandel

Parallel und mit mehr zeitlichem Vorlauf war aber auch die Stadt Dortmund im Feld der lokalen Strukturentwicklung aktiv geworden¹⁰. Alarmiert durch die Krisenhaftigkeit der Entwicklung bei Hoesch schon seit den 70er Jahren hatte der damalige Oberbürgermeister Günter Samtlebe eine Serie mit dem Titel *Dortmund-Konferenz* initiiert, an denen sich eine große Zahl einschlägiger lokaler Akteure beteiligten. Außerdem hatte der Rat der Stadt Dortmund schon 1981 als Reaktion auf die absehbare problematische Entwicklung in der Stahlindustrie und angesichts des Endes des Steinkohlebergbaus beschlossen, der *Wirtschaftsförderung oberste Priorität* einzuräumen.

Das Amt für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung wurde in eigenes Dezernat mit erweitertem Personalbestand umgewandelt; die Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und die Priorität bei der Förderung endogener Potenziale waren zwei Merkmale der damaligen Periode, zugleich aber auch eine Option für die Entwicklung von Schwerpunkten hochkarätiger Technologie unter Nutzung der seit 1972 in Dortmund bestehenden Universität, die von Beginn an einen technisch-wissenschaftlichen Schwerpunkt hatte.

Diese Linie verfolgte insbesondere auch der damalige Leiter der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Burkhard Dreher. Die Gründung des Dortmunder Technologiezentrums und des Technologieparks im Jahr 1985 folgten dieser Orientierung, die später eine grundlegende Rolle in Dortmund einnehmen sollte.

⁸ Die Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt wurde 1987 wurde als Brücke zwischen Hochschule und Gewerkschaften unter Mitwirkung von Guntram Schneider als damaligem DGB-Vorsitzenden in Dortmund gegründet. Inzwischen ist sie an der Sozialforschungsstelle der Technischen Universität Dortmund angesiedelt. Ziel war und ist es, wissenschaftliche Ideen in praktische Innovationen umzusetzen. „So etwas geht nicht aus einem Elfenbeinturm heraus“, sagte der damalige Arbeitsminister Schneider bei der Veranstaltung zum 25jährigen Bestehen der Kooperationsstelle 2012.

⁹ Das heben Dörre u.a. bei ihrer vergleichenden Analyse zwischen Nürnberg, Chemnitz und Dortmund als Besonderheit der Dortmunder Entwicklung besonders hervor.

¹⁰ Die gesamte Entwicklung in diesen Jahren wird knapp, aber dennoch detailliert nachgezeichnet in: Michael Jonas 2014: Zur Inszenierung eines Wirtschaftsclusters. Eine praxeologische Analyse, Wiesbaden, insbesondere: S.194-238

Eine initiative Rolle des DGB

Mitte der 90er Jahre schien es so, als ob es zwischen den beiden „Linien“ des gewerkschaftlichen Ansatzes und der städtischen Politik erhebliche Berührungspunkte gäbe, zumal mit dem nach längerer Vakanz der Position 1997 neu als Leiter der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung bestellten Dr. Utz-Ingo Küpper jemand Verantwortung übernahm, der mit den beschäftigungspolitisch akzentuierten Vorstellungen des DGB sympathisierte. Er vergab dann 1997 an das IAT in Gelsenkirchen¹¹ eine weitere Studie, die stärker am Konzept innovativer Cluster orientiert war und in der zum ersten Mal schriftlich die Idee von *Mikrosystemtechnik* als potenzielle Kernbranche auftauchte¹². Die damaligen Vorstellungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und des DGB hatten Berührungspunkte- vor allem in ihrer Betonung von Beschäftigungspolitik - , aber waren nicht deckungsgleich.

Aber auch ansonsten war das politisch-kulturelle „Klima“ zu dieser Zeit in Dortmund für eine initiative Rolle des DGB (noch) offen. Denn es wirkte gewissermaßen der „Dortmunder Konsens“¹³ nach, der wesentlich in der für Dortmund für mehrere Nachkriegsjahrzehnte prägenden Kultur der Montanmitbestimmung gründete¹⁴. Noch waren diese Beziehungen einigermaßen intakt, kam auch der Oberbürgermeister der Stadt von Hoesch. Alle wichtigen städtischen Akteure kamen aus einer Zeit, die in Dortmund seit Ende des Krieges durch stabile Mehrheiten der SPD im Rat geprägt war.

Bedeutungsgewinn der Städte

Auf der anderen Seite war der stete Rückzug der Großindustrie unübersehbar. Rainer Lichte und ich haben dies für Oberhausen detailliert nachgezeichnet¹⁵; mit erheblichen Konsequenzen für die Städte selbst: „Die Stadt tritt als politisches, soziales und emotionales Gebilde in den Blick... auf die Stadt richten sich die Erwartungen, die Hoffnungen, und zugleich richtet sich auf die Stadt auch die Enttäuschung, die Skepsis und Kritik“¹⁶. Für den lokalen DGB, der ja in der Arbeitsteilung mit den Mitgliedsgewerkschaften vor allem die *Lebensverhältnisse* der abhängig Arbeitenden im Blick haben muss, ist diese zwiespältige Aufwertung des

¹¹ Ende der 1980 Jahre etablierte die Landesregierung das Wissenschaftszentrum NRW mit drei Instituten: das Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen (IAT, Gründung 1988), das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI, Gründung 1989) und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Gründung 1990). Die Gründung des IAT erfolgt auch auf Initiative des DGB-Landesbezirks, obwohl mit der Sozialforschungsstelle schon ein arbeitsbezogenes Forschungsinstitut bestand.

¹² Rehfeld, D. & Wompe, M. 1999: Standort mit Zukunftsprofil: Innovationsschwerpunkte in Dortmund. Eine Untersuchung im Auftrag der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund, Gelsenkirchen

¹³ Dr. Harald Koch, ehemaliger Arbeitsdirektor von Hoesch, hält hierzu anlässlich seiner Verabschiedung aus der Gesellschaft zur Förderung der Sozialforschung am 3. November 1989 einen Vortrag, dem er die Überschrift gab: „Konsens und Kontinuität in Dortmund: gespeist aus der Quelle der Mitbestimmung“.

¹⁴ Weber sprach allerdings in diesem Zusammenhang lieber von einer „produktiven Konfliktpartnerschaft“

¹⁵ Wilfried Kruse, Rainer Lichte (Hg) 1991: Krise und Aufbruch in Oberhausen. Zur Lage der Stadt und ihrer Bevölkerung am Ausgang der 80er Jahre, Oberhausen

¹⁶ Wilfried Kruse anlässlich des 40jährigen Bestehens der Sozialforschungsstelle 1986

Städtischen auch eine Chance für Wirksamkeit und Einfluss - jedenfalls solange es hierfür aktive Zustimmung im Inneren des Gewerkschaftsbunds und Bündnispartner außerhalb gibt.

Zäsuren

Zwei Ereignisse gegen Ende der 90er Jahre bilden zusammen eine Art *Zäsur* in der Nachkriegsgeschichte Dortmunds – und werden die Handlungsbedingungen des DGB und von Eberhard Weber stark und nachhaltig verändern: die Fusion zwischen Thyssen und Krupp, die das „Aus“ des Stahlstandorts Dortmund bedeutete, und die Kommunalwahl des Jahres 1999.

In einer von Ministerpräsident Rau 1997 auf Schloss Landsberg moderierten Runde zur Fusion von Thyssen und Krupp erklärten sich die Konzernvertreter zu einer „Gegenleistung“ für den Verlust der Arbeitsplätze in Dortmund bereit. Dieser 26. März 1997 ist ein denkwürdiger Tag für Dortmund und für Eberhard Weber: direkt aus der Runde mit Rau kommend, verkündete Hoesch-Vorstand Graßhoff vor 6000 Stahlarbeitern das Ende der „heißen Produktion“ in Dortmund und sah sich einem Sturm der Wut und Empörung gegenüber.¹⁷

Dies ist der Hintergrund für Gespräche zwischen Vertretern des Konzernvorstands und Oberbürgermeister Samtlebe, mit dem Ergebnis, „McKinsey“ zu beauftragen, für Dortmund ein zukunftsweisendes Entwicklungskonzept zu erarbeiten, das aber erst nach der Kommunalwahl bekannt gemacht werden sollte. Von Herkunft und Bindung her kam das dem Denken Samtlebes entgegen. Diese Einigung ist gewissermaßen die Geburtsstunde des „*dortmund-project*“¹⁸.

Bei der Kommunalwahl 1999 verzeichnet die SPD in den Ruhrgebietsstädten starke Verluste, auch in Dortmund. Bei der Oberbürgermeisterwahl kann sich der SPD-Kandidat Dr. Gerhard Langemeyer erst in der Stichwahl knapp gegen den CDU-Kandidaten Geers durchsetzen. Langemeyer hat einen ganz anderen Hintergrund als der bisherige Oberbürgermeister und wenig bis keine Verankerung in der Mitbestimmungskultur, die Dortmund über Jahrzehnte prägte. Langemeyer ist studierter Kunsthistoriker und Dr. phil. Er leitete das Museum für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund. Er wurde dann Kulturdezernent, später Kämmerer und Stadtdirektor.

Die Wahl 1999 markiert in NRW auch strukturell eine tiefgreifende Veränderung: Ab 1999 ist der Oberbürgermeister zugleich auch Chef der Stadtverwaltung¹⁹, er wird hauptamtlich und für fünf Jahre direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Außerdem darf ab dem Alter von 16 Jahren gewählt werden und Ausländer aus der Europäischen Union, die in Deutschland wohnen, haben Wahlrecht.

¹⁷ In diesem denkwürdigen Jahr 1997 gewinnt – das muss in einem Dortmund-Text jedenfalls einmal erwähnt werden – Borussia Dortmund mit 3:1 gegen Juventus Turin die Championsleague und den Weltcup

¹⁸ Diese Entwicklung lässt Ralf Grauel 2002 unter dem Titel „Alle für eines“ in brandeins Revue passieren. www.brandeins.de/corporate-publishing/mck-wissen/mck-wissen-cluster/alle-fuer-eines

¹⁹ Die vormalige „Doppelspitze“ aus ehrenamtlichen Oberbürgermeister und hauptamtlichen Oberstadtdirektor wird damit aufgehoben.

Das „Dortmund-project“ kommt

Im Oktober erteilt Dortmund – finanziell gefördert durch ThyssenKrupp - McKinsey den Auftrag zur Erstellung eines Gutachtens, das bis Mai 2000 vorliegen soll. Am 15. Juni 2000 stimmte der Rat der Stadt der Einrichtung des „Dortmund-projects“ zu. Eine Projektgruppe wurde gebildet und unter Leitung von Udo Mager direkt beim Oberbürgermeister, und eben *nicht* bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung angesiedelt, die damit deutlich geschwächt wurde. Zu deutlich unterschied sich die Sicht auf die Notwendigkeiten zwischen Küpper, dem Leiter der WBF, und OB Langemeyer.

Während Küpper für eine integrierte, potenzialorientierte und auf Beschäftigung angelegte Entwicklung plädierte, war Langemeyer eher Vertreter einer auf public-private-partnership zwischen Stadt, Thyssen-Krupp und McKinsey beruhenden Vorstellung schneller Innovationen. „Wir sind das schnelle Dortmund“, war damals einer seiner Slogans. In dem karikaturhaften Portrait, das sich brandeins 2002 zu Weber leistet, kommt zur mit dem „Dortmund-project“ forcierten Entwicklung dann doch ein kritischer Aspekt zutage, nämlich – so Weber, zitiert nach brandeins, „dass in der Leitbilddebatte um das schnelle Dortmund, Armut und soziale Disparität als Standortnachteil betrachtet werden“ müssten; er plädiert für ein Leitbild des „sozialen und solidarischen Dortmund“.

Das „Dortmund-project“ tritt mit einem enormen Versprechen auf, nämlich innerhalb von zehn Jahren als Ergebnis des gemeinsamen Investments von Stadt und privaten Investoren – allen voran ThyssenKrupp – zu 70.000 neuen Arbeitsplätzen zu gelangen, davon 60.000 allein in den sogenannten „neuen Führungsbranchen“. Die Wirklichkeit bleibt schließlich und endlich weit dahinter zurück; und insbesondere ist es die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in Dortmund, die wenig in Bewegung gebracht wird. Das „Dortmund-project“ wird in stark von McKinsey und von Personal geprägt, das von ThyssenKrupp kommt, ist in seiner Arbeitsweise wenig de facto wenig partizipativ, von der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung getrennt, aber mit offensiver PR-Arbeit verbunden. Zwar waren in einem wöchentlich tagenden Koordinierungskreis alle wichtige Dortmunder Akteure, also auch mit Weber auch der DGB vertreten. Letztendlich aber konnte er sich mit seinem Verständnis und seinen Initiativen kaum durchsetzen.

2002 steigt ThyssenKrupp aus dem Projekt aus. Damit endet diese „Public-Private-Partnership“. Das hat auch erhebliche Konsequenzen für den städtischen Haushalt²⁰.

Handlungsdilemma

Die Stadt schlug also mit dem „Dortmund-project“ eine dezidiert wirtschafts- und technologieorientierte „Modernisierungslinie“ ein und stellte damit die gleichwertige Zielorientierung auf Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung de facto zurück. Die Strahlkraft, die vom „Dortmund-project“ ausging und erzeugt und gefördert wurde, machte es aber schwierig, die befürchteten Lücken und Defizite des eingeschlagenen Wegs

²⁰ Vergl. hierzu: Bömer, Hermann 2004: Moderne kommunale Wirtschaftsförderungspolitik in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit. Das Beispiel Dortmund, Institut für Raumplanung Universität Dortmund, Dortmund

öffentlichkeitswirksam zu kritisieren und hierfür im politischen Raum Bündnispartner zu gewinnen. Dies führte für Eberhard Weber zu einem *bislang ungewohnten Handlungsdilemma*.

Dem versuchte er – soweit erkennbar - zu entkommen, indem gewissermaßen „aus der Mitte der Stadtgesellschaft heraus“ immer wieder Aufmerksamkeit für das *soziale* Dortmund mobilisiert wurde, also für Fragen, die mit Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut zusammenhingen, und deren Verknüpfung mit Wirtschaftsförderung als grundlegend angesehen wurde. Hierzu musste der „Schulterschluss“ z.B. mit den Wohlfahrtsverbänden, mit Initiativen und arbeitnehmernahen Forschungseinrichtungen – immer schon ein Anliegen Webers – verstärkt werden.

Eines dieser Felder ist die *Regionale Strukturpolitik des Landes NRW*, in die EU-Mittel zur Regionalentwicklung Eingang nahmen, und die in den verschiedenen Regionen themenbezogen jeweils von wichtigen dortigen Akteuren koordiniert wurde. Eine solche regionale Koordinierung hatte z.B. auch die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung inne, die hierfür einen Projektentscheider-Kreis eingerichtet hatte, in dem auch der DGB vertreten war. Der DGB Dortmund selbst koordinierte das Feld „Qualifizierung und Weiterbildung“, aus dem sich später u.a. die Weiterbildungsberatungsstelle in Dortmund entwickelte.

Hierbei konnte an Handlungsschwerpunkte der 90er Jahre angeknüpft werden, bei denen die Vermeidung bzw. Abfederung negativer sozialer Folgen des Strukturbruchs im Vordergrund standen. So gab es z.B. aufgrund einer DGB- Initiative in Dortmund einen „Kommunalen Arbeitsmarktfonds“, der Projekte von Trägern förderte²¹.

Armutsentwicklung als Herausforderung

Der DGB setzte Armutsentwicklung und soziale Stadtentwicklung auf die Tagesordnung. 1995 war von der Sozialforschungsstelle ein erster Armutsbericht²² vorgelegt worden, der den Impuls für eine Serie von Arbeitsmarktkonferenzen gab. Erst 2007 zieht die Stadt Dortmund mit einem eigenen Sozialbericht nach, der im Übrigen ein realistisches und ernüchterndes Bild über die vielfältigen sozialen Problemlagen in der Stadt zeigt²³. Zu den Aktivitäten zählt auch

²¹ „Die Reviermetropole weist seit Jahren eine der höchsten Arbeitslosenquoten im Bundesgebiet (West) auf, wobei auch eine besorgniserregende Betroffenheit von Ausländern festzustellen ist. 1989 wurde deshalb eine "ABM-Spitzenfinanzierung" eingerichtet, aus der 1994 ein "Kommunaler Arbeitsmarktfonds" entstand. Mit bescheidensten und über die Jahre kaum erhöhten Mitteln - weniger als ein Prozent der Gelder, die aus anderen Programmen der Arbeitsmarktförderung nach Dortmund fließen - konnte die Stadt flexibel zu Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie zur Professionalisierung und Stabilisierung der Dortmunder Trägerlandschaft beitragen.“ Aus der Presseerklärung des IAT zu: Gerhard Bosch 1999: Kommunale Arbeitsmarktpolitik mit Hebelwirkung: Evaluierung des Kommunalen Arbeitsmarktfonds Dortmund, Forschungsberichte des Instituts Arbeit und Technik

²² Hans Vollmer, Georg Langenhoff, Wolfgang Skorvanek, Bernhard Rosendahl 1996: Bericht zur sozialen Lage in Dortmund, Dortmund (Landesinstitut Sozialforschungsstelle)

²³Kersting,Volker;Scherdin,Patricia;Triesch,Marion(ZEFIR); Stadt Dortmund (2007): Bericht zur sozialen Lage in Dortmund. Dortmund.- Und wird vom DGB Dortmund so kommentiert: „Nach der überaus ernüchternden Berichterstattung über die soziale Lage in unserer Stadt liegt es auch an uns, wie wir mit diesem Problem umgehen, wie wir möglichst vielen – jungen – Menschen in unserer Stadt eine freundliche Zukunftsperspektive ermöglichen, eine weitere Spaltung unserer Stadt verhindern. Die üblichen politischen und sonstigen Eitelkeiten bei der Bewältigung dieser Aufgabe sind völlig fehl am Platz. Ideenreichtum, Kreativität und

die aus Sozialplanmitteln für die Arbeiter der Stahlindustrie gebildete Beschäftigungsgesellschaft PEAG, die zeitweise auch im Kontext eines Kompetenznetzwerks Dortmund eine Rolle spielen sollte, aber sich letztlich doch auf die Stahlindustrie beschränkte.

Dass sich die Stadt erst 2007 systematisch (erneut) der sozialen Lage in Dortmund zuwandte, also zehn Jahre, nachdem durch die Armutskonferenzen das Thema „auf dem Tisch lag“, hat offenkundig auch damit zu tun, wie das „Dortmund-project“ als Imageträger des „neuen, schnellen Dortmund“²⁴ platziert wurde. Als „Hoffnungsträger“ wurde es auch benutzt, um im öffentlichen Diskurs die soziale Problembelastung der Stadt mehr in den Hintergrund zu drängen. Erst, als sich zeigt, dass die beschäftigungspolitischen Effekte des „Dortmund-projects“ weit hinter den Ankündigungen und Erwartungen zurückbleiben²⁵, öffnet sich die kommunale Arena wieder für die soziale Frage.

Die Selbstdarstellung der Stadt allerdings bis heute durch den Blick auf den Umbau von Wirtschaft und Stadtlandschaft – und hier vor allem: der Phönixsee – geprägt und erzählt die Geschichte seit 1997 als einen erfolgreichen Strukturwandel²⁶

„Hartz“ und die Folgen

Tatsächlich veränderten sich in den Jahren ab 2002²⁷ die Rahmenbedingungen für lokale Beschäftigungspolitik noch einmal tiefgreifend: diesmal durch die sogenannten „Hartz-Gesetze“ Dies ist eine Bezeichnung für Vorschläge der Kommission für moderne

Durchsetzungsvermögen von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, der Stadt insgesamt sind jetzt angesagt. Gemeinsam müssen wir diese Chance nutzen.“

²⁴ Zu den von OB Langemeyer initiierten Projekten des „neuen, schnellen“ Dortmund gehörte übrigens auch „Zeitgewinn“ zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt, verknüpft mit der von OB Langemeyer berufenen Bildungskommission, Es ist ganz erstaunlich, welch eine leistungsfähige und anerkannte „Kommunale Koordinierung“ daraus über die Jahre entstanden ist. - Das war allerdings ein Feld, das mit dem DGB kaum verknüpft war; allerdings war Weber für den DGB auch vom Oberbürgermeister nicht in die Bildungskommission berufen worden.

²⁵ RuhrNachrichten vom 24.Mai 2005: 70.000 Jobs heißen jetzt ‚Lückenbüsser‘ und die Pressemitteilung von OB Langemeyer am 24.Mai 2005: „Die ‚Beschäftigungslücke‘ konnte von 70.000 auf 46.000 Arbeitsplätze reduziert werden. Dazu haben die Zielbranchen des dortmund-projects mit 6.640 Arbeitsplätzen beigetragen. Damit ist Dortmund auf dem richtigen Weg“.

²⁶ „Dortmund hat seit dem Ende der 90er Jahre seine montanindustrielle Vergangenheit endgültig hinter sich gelassen und sich in den letzten Jahren zu einem ökonomischen "Tausendfüßler" mit einer technologieorientierten diversifizierten mittelständischen Struktur entwickelt. Dortmund hat sich gewandelt: Von einem der wichtigsten Industriestandorte Deutschlands hin zu einer dienstleistungsorientierten Wissenschaftsregion. Von einer Stadt, in der Kohle, Stahl und Bier der oft besungene Dreiklang war, hin zu einer Stadt des Multiklangs, in der Informationstechnologie, Logistik, Biotech, Mikro- und Nanotechnologie, Stahlveredelung, Maschinenbau u.v.m. heute eine wichtige Rolle spielen. ... Die Entwicklung Dortmunds zum Hochtechnologiestandort ist dem aktionsorientierten Dortmund-Ansatz zu verdanken. Eine neue Planungskultur, ein kommunaler Investitionsrahmen und eine integrierte Wirtschaftsförderung haben einen nachhaltigen Mehrwert geschaffen. Eine stadtweite Gesamtstrategie schafft ein "neues Dortmund". Neue Wirtschaftszweige werden ergründet. Public Privat Partnerships werden aus der Taufe gehoben. Dabei sieht sich die Stadtverwaltung nicht als Verwalterin, sondern als Managerin von Prozessen.“https://www.dortmund.de/de/freizeit_und_kultur/phoenix_see_dortmund/nachrichten_phoenixse_e/nachricht.jsp?nid=566467

²⁷ Die damalige industriepolitische Position des DGB Dortmund-Hellweg ist nachzulesen unter: <http://docplayer.org/30080378-Position-industriepolitische-positionen-des-dgb-dortmund-hellweg.html>

Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – kurz *Hartz-Kommission* genannt –, die am 22. Februar 2002 vom 1. Kabinett Schmidt eingesetzt wurde, unter der Leitung von VW-Arbeitsdirektor Peter Hartz tagte und im August 2002 ihren Bericht vorlegte. Sie unterbreitete Vorschläge, wie die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland effizienter gestaltet und die staatliche Arbeitsvermittlung reformiert werden sollte. Diese Konzepte wurden unter der Überschrift „Agenda 2010“ zur Reform des deutschen Sozialsystems und Arbeitsmarktes zwischen 2003 bis 2005 von der aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildeten Bundesregierung (Kabinett Schröder II) weitgehend umgesetzt.

In einem Arbeitspapier, das Wilfried Kruse im April 2003 für die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund erstellte, wird konstatiert: „Kommunale Beschäftigungspolitik steht faktisch in sich verschärfenden Zielkonflikten“ Es wird davon ausgegangen, dass die in Vorbereitung befindlichen „Hartz-Gesetze“ mit ihrem vorrangigen Interesse an rascher Verringerung der Arbeitslosigkeit zulasten jener gehen werden, die aus verschiedenen Gründen auf den jeweiligen lokalen Arbeitsmärkten nicht zügig zu vermitteln sind.

Es wird befürchtet, dass die in Dortmund ohnehin angelegte Zweiteilung des Arbeitsmarkts durch „Hartz“ noch verstärkt wird. Im Arbeitspapier heißt es hierzu: „Ein solches Szenario lässt ... kaum erwarten, dass eine Vermehrung von Arbeitsplätzen in den dynamischen Sektoren *automatisch* zu erhöhten Beschäftigungschancen für jene führt, die sich am untersten Ende des Arbeitsmarkts befinden. Eher ist zu vermuten, dass ohne eine starke Gegensteuerung die Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt und seine Schließung „nach unten“ zunehmen werden, während es im oberen Segment anspruchsvoller Beschäftigung möglicherweise sogar verstärkt zu einem Mangel an geeigneten Arbeitskräften kommt“.

Die Hartz-Gesetze – von seiner Partei, der SPD, betrieben – finden in Eberhard Weber aus diesen Gründen, aber auch aufgrund des dahinterliegenden Menschenbilds einen scharfen Kritiker. Die Empörung darüber hallt sogar noch 2016 in einem Gespräch nach, das Lehrende und Studierende der Fachhochschule für das Projekt „Stadtgeschichten“²⁸ mit ihm führten. „Man erhöht den Druck, aber nicht die Motivation“, urteilt er. Aufgrund seiner Erfahrungen und seiner Grundüberzeugungen kann er nicht fassen, dass Menschen, die Probleme am Arbeitsmarkt haben, Arbeitsunwilligkeit unterstellt und ihnen mit heftigen Sanktionen gedroht wird, anstatt die vielschichtigen Ursachen in Angriff zu nehmen.

DGB: Schon gebremste Wirkmächtigkeit

Vor diesem Hintergrund ist die Einschätzung von Klaus Dörre und Bernd Röttgers aus dem Jahr 2006 wohl doch zu optimistisch. Vor dem Hintergrund der initiativen Rolle des DGB in den 90er Jahren konstatieren sie: „Die aktive Beteiligung der Gewerkschaften an offiziellen regionalwirtschaftlichen Aktivitäten der Stadt setzt sich mit der Initiierung und Durchführung des ‚dortmund-project‘ bis heute fort. ... Das Gesamtprojekt wird durch einen *Steuerkreis* gelenkt, dem 21 Mitglieder angehören.... Der DGB-Regionalvorsitzende ist in den wichtigsten

²⁸ Dierk Borstel, Ute Fischer 2016: Stadtgeschichten – Soziales Dortmund im Spiegel von Biografien, Wiesbaden, hier besonders: S.63

Steuerkreisen präsent; divers Arbeitsgruppen stehen den Gewerkschaften offen²⁹ Das ist aber nur die formale Seite; nach der regionalpolitischen Seite hin gelingt es trotz der gewerkschaftlichen Bemühungen nicht, die Dimension Beschäftigungsförderung gleichgewichtig zu platzieren; sie wird mehr oder weniger als bloßes Resultat erfolgreicher Wirtschaftsförderung behandelt.

Die gebremste Wirkmächtigkeit hat – wie skizziert – eine Reihe struktureller Gründe, zu denen in diesen Jahren nicht zuletzt auch die vergleichsweise hohe lokale Arbeitslosigkeit und die starke Ausbreitung atypischer Beschäftigung³⁰ zu rechnen sind. Auf einen weiteren Aspekt der gebremsten Wirkmächtigkeit des DGB gehen Dörre und Röttgers ausführlicher ein. Das beschränkt sich nicht nur auf den Hinweis, dass eine Mitwirkung der DGB in der Breite der Themen und Arbeitskreise des ‚Dortmund-projects‘ „wegen knapper personeller Ressourcen nur begrenzt möglich“ ist.

Sie weisen auch darauf hin, dass der DGB Dortmund zwischen 1991 und 2001 ca. ein Drittel der – in den Einzelgewerkschaften organisierten – Mitglieder verloren hat; ein weiteres Drittel sind Pensionäre, Arbeitslose und atypisch Beschäftigte. Dies ist u.a. Ausdruck der Tatsache, dass in demselben Zeitraum in Dortmund die Zahl der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten von 53.000 auf unter 33.000 sinkt. Aber es ist nicht nur das. Auch³¹ in Dortmund könne man nicht davon sprechen, dass der lokale Handlungsansatz in den Mitgliedsgewerkschaften wirklich verankert sei, so Dörre/Röttgers: „Trotz aller positiven Erfahrungen werden die Arbeitskreise, wenn überhaupt, so von einer kleinen Zahl aktiver Gewerkschafter und Netzwerkakteure getragen“ (S.258).

Eine Fülle von Aktivitäten

Eberhard Weber reagiert auf Handlungserfordernisse, die er sieht, und die Veränderungen der Rahmenbedingungen, die er erlebt, Anfang der 2000er Jahre unermüdlich mit einer Fülle von Aktivitäten und Initiativen.

So holt er eine – weitere - europäische Konferenz zur Rolle von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) im Strukturwandel nach Dortmund. Eine vertiefte Archiv-Recherche würde zeigen: dies alles ist nur ein kleiner Ausschnitt der vielfältigen Aktivitäten, die Weber anregte und umsetzte oder an denen er engagiert beteiligt war.

Ein von ihm im Rahmen des Landesprogramms Innovation Weiterbildung 2004 initiiertes gemeinsames Projekt mit der Sozialforschungsstelle unter dem Titel „Lernvertrauensleute“ zielt darauf ab, niedrigschwellige Weiterbildungsangebote für Beschäftigte in KMUs zu entwickeln. Beides steht für die Einsicht, dass die Epoche der industriellen Großbetriebe in

²⁹ Klaus Dörre, Bernd Röttgers 2006: Im Schatten der Globalisierung, Wiesbaden, hier: S. 72

³⁰ Das zeigt z.B. das Arbeitspapier: Jonny Bruhn-Tripp Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut in Dortmund im Spiegel der Dortmunder Beschäftigten-, Arbeitslosen- und Sozialstatistik 2000 - 2012 vom November 2013 und in erster überarbeiteter Fassung vom 15.02.2014, und: Klaus Boeckmann 2012: Entwicklung der atypischen Beschäftigung in der Region Dortmund – Hellweg im Zeitraum von 2000 bis 2011, Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt Dortmund

³¹ Die Autoren vergleichen die Entwicklungen in Dortmund, Chemnitz und Nürnberg.

Dortmund zu Ende geht und deshalb das Beschäftigungspotenzial von KMU und Handwerk hohe Aufmerksamkeit erfordert. In diesen Reigen gehört auch ein europäisches, aus dem ADAPT-Programm gefördertes Projekt mit dem seltsamen Namen CRETA. Es geht um „Aktive Beschäftigungspolitik in Betrieb und Region“ und hat 1999 als ein innovatives Produkt eine CD mit einem multimedialen Lernprogramm. GUBIS – Gewerkschaften und Betriebsräte im Strukturwandel wäre als weiteres Projekt zu erwähnen, das von 2005 bis 2007 vom DGB Landesbezirk NRW und mehreren Bezirken durchgeführt wurde, u.a. beim DGB Östliches Ruhrgebiet.

Solche „Suchbewegungen“ liegen Weber; sie regen seine Neugier und seine Fähigkeit der Übersetzung von Ideen in lokale Handlungskonzepte an. Diese Haltung führt auch zu einem zeitweiligen Engagement in der Initiative „Neue Politik der Arbeit“, auf deren zweiter Herbsttagung im September 2003 er über Dortmund berichtet³². Vielleicht kann man sagen, dass in diesen ersten Jahren des neuen Jahrzehnts – nach der Schockstarre des angekündigten Strukturbruchs 1997 – eine Art „optimistischer Grundfärbung“, dass ein positiver Wandel möglich sei, noch nicht verloren war³³.

Die damals naheliegende starke Konzentration auf beschäftigungspolitische Fragen bei gleichzeitiger Personalknappheit auf der lokalen DGB-Ebene führte allerdings auch dazu, dass wichtige Handlungsfelder nur am Rande aufgenommen wurden. Dies gilt für das kommunale Projekt „Zeitgewinn“³⁴, das eine lokale Verantwortungsgemeinschaft für die Verbesserung der Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt anstieß, aus dem sich dann das Bildungsbüro entwickelte³⁵. Das gilt auch für das Feld der forcierten Entwicklung Dortmunds zu einer Einwanderungsstadt³⁶.

Dortmund wird immer mehr anders

Die Rahmenbedingungen werden auch während des auslaufenden ‚Dortmund-project‘ nicht besser. Nach dem Weggang von Küpper als Leiter der bisherigen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung 2005 wird der bisherige Leiter des ‚Dortmund-project‘, Udo Mager,

³² Zweite Herbsttagung des Forums Neue Politik der Arbeit, Dortmund, 26.-27. September 2003 „Wissenspolitik und Arbeitspolitik – Bausteine für einen neuen Gesellschaftsvertrag“, eine Kooperationsveranstaltung des DGB Berlin-Brandenburg, der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) sowie dem Berliner Institut für europäische Kommunikation (inEcom).

³³ Hierfür gibt es viele Beispiele, so etwa den Vorschlag, den Klaus-Peter Ellerbrock, Alfred Heese und Wilfried Kruse 2002 unterbreiteten: ArbeitZukunftDortmund. Erkundungspfade zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Arbeit im städtischen Raum. Idee zu einem Design

³⁴ Stadt Dortmund, Schulverwaltungsamt 2006: Zeitgewinn. Den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt optimieren. Strategiepapier der Dortmunder Bildungskommission, Dortmund

³⁵ Das heißt nicht, dass der kritische Ausbildungsmarkt unbeachtet blieb, so z.B. in einer Presseerklärung von Eberhard Weber für den DGB vom 31.3.2006: DGB fordert Sofortprogramm. Ausbildungskatastrophe war vorhersehbar. Schon in seinen früheren Tätigkeitsbereichen hatte Weber eine hohe Aufmerksamkeit auf diese Frage. So entstand auf seine Initiative als Vorsitzender des Kreises Mark schon 1983 der erste regionale Ausbildungsmarktbericht in NRW. DGB Kreis Mark, Jürgen Strauß Sozialforschungsstelle Dortmund 1983: Zur Ausbildungsplatzsituation im Märkischen Kreis, Lüdenscheid

³⁶ Wilfried Kruse, Birgit Mütterich 2000: Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in Dortmund. Eine Handlungshilfe im Auftrag der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund, Dortmund (Sozialforschungsstelle. Beiträge aus der Forschung Band 118)

sein Nachfolger und zeitgleich wird die bisherige WBF um die Beschäftigungsförderung amputiert; Teilthemen werden als Kooperationsstelle Arbeit und Region, später als Arbeit & Qualifizierung weitergeführt, bis auch dies Ende der 10er Jahre eingestellt wird. Die Tatsache, dass 2007 von der Sozialdezernentin der erste Bericht zur sozialen Lage in der Stadt herausgegeben wird, signalisiert die *Rückkehr zu der traditionellen Arbeitsteilung* zwischen Wirtschaftsförderung und Sozialpolitik – und damit das Ende eines vielversprechenden Dortmunder Konzeptansatzes integrierter kommunaler Politik.

Auch in anderer Hinsicht verschlechterten sich die Rahmenbedingungen für eine wirkmächtige gewerkschaftliche Politik in Dortmund. Ein „Markenzeichen“ der kooperativen Gewerkschaftspolitik von Weber war stets die Zusammenarbeit mit arbeitsbezogener Wissenschaft. Dies war in Dortmund auch durchaus chancenreich. Denn Dortmund war für einige Jahrzehnte mit einem hohen Besatz an einschlägigen Forschungseinrichtungen einer der Zentren arbeitsbezogener Forschung in Deutschland. Konnte Willi Pöhler noch 1989 formulieren: „Dortmund ist ein Schwerpunkt arbeits- und sozialwissenschaftlicher Forschung geworden. Die Forschungslandschaft ist vielgestaltig und differenziert. Eines ist jedoch typisch: Sozialforschung in Dortmund ist an Problemfeldern orientiert und holt sich aus der Analyse und Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität ihre innovativen Impulse. Sie hat sich nicht in den Elfenbeinturm zurückgezogen.“³⁷

Ein Kerninstitut in diesem Kontext war die Sozialforschungsstelle, die 1972 auch auf Betreiben des damaligen DGB-Vorsitzenden Helmut Neukirch als *Landesinstitut* wiedergegründet wurde. Das Land NRW versah damit der Notwendigkeit, anwendungsorientiert zu den sozialen Fragen NRWs zu forschen, einen erheblichen Nachdruck. Es hatte eine erhebliche symbolische Bedeutung, als die damalige CDU/FDP-Landesregierung, ohne - mit Ausnahme von Alfred Heese, Utz-Ingo Küpper und Eberhard Weber, die in Düsseldorf intervenierten - auf viel Widerstand zu stoßen, das Landesinstitut auflöste und die Sozialforschungsstelle als zentrale Einheit in die Universität Dortmund überführte.

Erstarkte rechtsradikale Szene

Eine wichtige Veränderung des politischen Klimas in Dortmund erfolgt in den beginnenden Zehnerjahren durch das Erstarken rechtsradikaler Kräfte. Schon in den 80er und 90er Jahren gab es Auftritte von Neo-Nazis, wie z.B. der Borussenfront. Die Polizistenmorde in Dortmund und Waltrop durch einen Rechtsradikalen am 14. Juni 2000 waren ein Schock, der auch in einer großen Trauerfeier zum Ausdruck kam. Dortmund entwickelte sich zu einem Schwerpunkt der Neo-Nazi-Szene in NRW, vor allem auch durch das Zusammenwirken von ultrarechten „Strategen“ und jungen Neonazis, die in ihrer Erscheinungsform moderner auftreten, zugleich aber aggressiv Dortmund oder einzelne Stadtteile, wie z.B. Dorstfeld, für sich „als national befreite Zone“ reklamierten. Die Aktionen gegen die Wehrmachtsausstellung, die 2003 in Dortmund gezeigt wurde, gehören in dieses Umfeld.

Die Gewaltbereitschaft wächst, Aufmärsche, Übergriffe und Überfälle mehren sich. In diesem Klima wird am Ostermontag 2005 Thomas Schulz., ein Punker, von einem jungen Neonazi

³⁷ Harald Koch, S.26

erstochen, 2006 Nehmed Kubaşık in seinem Kiosk von dem NSU ermordet. Offenbar spekulieren die Rechtsextremen darauf, die sozialen Spätfolgen des wirtschaftlichen Strukturbruchs in Dortmund für sich nutzen zu können. Seit der Kommunalwahl 2004, damals mit drei Sitzen für die DVU, ist die Ultrarechte auch im Dortmunder Rat vertreten³⁸.

Diese Entwicklung kann dem DGB und kann Eberhard Weber nicht gleichgültig sein. Sich gegen Ultrarechts in Dortmund zu wehren und dagegen zu mobilisieren, wann immer dies notwendig ist, wird zu einem seiner weiteren wichtigen Handlungsfelder, ausgehend von der Mitgründung des *Arbeitskreises Dortmund gegen Rechtsextremismus* 2005, in dem er als einer der Sprecher wirkt³⁹. In der Folge entstehen vielfältige Aktionsbündnisse und „Runde Tische“ gegen Rechts; die Stadt richtet eine „Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ ein⁴⁰. Dennoch bleibt Dortmund eines der bevorzugten Aufzugsorte der Neo-Nazis, die sich auch in bestimmten Quartieren festsetzen.

Die bitterste Erfahrung für Eberhard Weber ist der Angriff von 300 gewaltbereiten Rechtsextremisten aus dem Umfeld der „Autonomen Nationalisten“ mit Steinen und Stangen auf die DGB-Demonstration am 1. Mai 2009. Trotz Vorwarnungen war die Dortmunder Polizei nicht vorbereitet. Noch am 19. November 2009 – auf der zu Beginn erwähnten Veranstaltung in der Sozialforschungsstelle – ist Weber den Tränen nahe, als er von diesem ungeheuerlichen Übergriff⁴¹ erzählt. Erschütternd war dann auch Jahre später der Freispruch der Täter⁴².

In seiner Rede vor dem Rat der Stadt am 14. Mai 2009 – also wenige Tage nach diesem Übergriff – weist Weber auf die eklatante Fehleinschätzung der Polizei und vielfältige andere problematische Begleitumstände hin. Und er betont: „Der Vorgang über den ich berichte, ist nach meiner Kenntnis einzigartig und bisher einmalig in unserer Republik. Eine Wiederholung in dieser oder ähnlicher Form muss in Dortmund, in Deutschland ausgeschlossen werden. Am Tag der Arbeit, am 1. Mai dieses Jahres, sind friedliche Teilnehmer, die sich zum traditionellen Demonstrationzug des DGB versammelten, gezielt massiv mit Holzstangen, Steinen, Flaschen von mehreren hundert Neonazis angegriffen worden. Auch Böller waren mit im Spiel.“

Und er stellt fest: „Der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus in Dortmund, auch andere, haben seit Jahren auf das Vordringen von Rechtsaußen aufmerksam gemacht. Zunächst hieß es: Ihr schadet unserem Standort, macht unsere Stadt nicht schlecht, bewertet das Treiben von einigen Nazis nicht über. Oder anders: Das Problem wurde offensichtlich zu lange verharmlost.“

³⁸ Bei der Kommunalwahl 2014 ziehen Ultrarechte – u.a. der als „SS-Siggi“ bekannte Neonazi Borchardt - in Fraktionsstärke in den Rat ein; sie erhalten war nicht mehr Stimmen als bei der vorherigen Kommunalwahl, diese haben aber aufgrund der schwachen Wahlbeteiligung ein größeres Gewicht. – Eine Reportage über Dortmund, die den sozialen Hintergrund dafür zu beschreiben sucht, warum die Neo-Nazis in Dortmund präsent sind, erscheint nach dieser Wahl in der *New York Times* und verstärkt das Besorgnis der Stadtspitze um das neue und moderne Image der Stadt, an dem im letzten Jahrzehnt gearbeitet werden war.

³⁹ Dies erfolgt neben dem schon bestehenden Bündnis gegen Rechts, um – wie Weber es wohl sagen würde – den Widerstand „aus der Mitte der Gesellschaft“ zu organisieren.

⁴⁰ Vergl. hierzu die Broschüre Stadt Dortmund 2015: Dortmund aktiv gegen Rechtsextremismus

⁴¹ 2012 werden die für den Überfall auf die DGB-Demonstration als Rädelsführer Angeklagten freigesprochen, weil die „Anstiftung zur Gewalt nicht nachweisbar“ gewesen sei.

⁴² www.wr.de/staedte/dortmund/freispruch-fuer-nazis-nach-mai-randale-2009-bei-dgb-kundgebung-in-dortmund-id6786443.html

Die Existenz einer kleinen, aber kräftigen und militanten Neo-Nazi-Szene gehört offenkundig ebenso zu den Schattenseiten des langen Wegs zur Überwindung des Strukturbruchs *und der Art und Weise, wie er beschritten wurde*, wie die verfestigte Arbeitslosigkeit und die erheblichen Anteile armer Menschen an der Bevölkerung.

Auf der Suche nach zivilgesellschaftlichen Bündnissen

Angesichts der Gesamtentwicklungen in Dortmund erschien eine ausschließliche Strategie von Gestaltungspolitik via direkter Achse DGB-Stadt Dortmund immer weniger aussichtsreich. Immer wichtiger wurde also, was schon zu Beginn der 90er Jahre verfolgt wurde: Bündnisse mit anderen Organisationen und Initiativen der Stadtgesellschaft zu suchen. Das galt für die Auseinandersetzung mit „Rechts“ ebenso wie für sozial- und beschäftigungspolitische Initiativen.

Stärkere Annäherungen ergaben sich – auch aufgrund der jeweiligen Persönlichkeiten in der Leitung – mit der AWO⁴³ und der Diakonie. Irgendwann spielte es sich ein, dass man sich ab und an bei einem Dortmunder Griechen traf: Eberhard Weber, Anne Rabenschlag von der Diakonie, Andreas Gora von der AWO, Joachim Beyer, der aus der Zeit des Versuchs einer aktiven Verknüpfung von Wirtschaftsförderungs- und Beschäftigungspolitik in der Wirtschaftsförderung noch übriggeblieben war, und Wilfried Kruse.

Die Gespräche kreisten vor allem darum, wie in kooperativer Weise „aus der Zivilgesellschaft heraus“ das soziale Gesicht der Stadt verbessert werden könnte. Was Eberhard Weber als seine Vision noch 2016 zusammenfasste, wurde als Bild wohl vom ganzen „Quartett“ geteilt: „Eine solidarische Stadt ist Dortmund für ihn dann, wenn die Menschen hier „friedlich, freundlich und offen miteinander von guter Arbeit leben können“(Stadtgeschichten, S.65).

Zum gemeinsamen Nachdenken nach Barcelona

Mit vielen Fragen, wie dies zu erreichen sei, machten sich die Vier im Frühsommer 2007 zu einer Studienreise nach Barcelona auf⁴⁴. Ein stichpunktartiges Protokoll über die gemeinsamen Gespräche *in* Barcelona, aber *über* Dortmund ist erhalten geblieben. Vor der Folie der integrierten besichtigten integrierten Stadtentwicklungsprojekte in Barcelona wurde das Erfordernis gesehen, die vielfältigen einzelnen Initiativen, die es durchaus in Dortmund gibt, miteinander in Verbindung zu bringen, um ihre Wirkungen zu erhöhen.

⁴³ Auf dieser Basis entstand später die Idee, die AWO könne auch im Feld „Guter Arbeit“ die kraftvollen Initiativen des DGB aus den vergangenen Jahrzehnten aufnehmen und fortführen. Die Ausstellung „Onkel Hasan und die Generation der Enkel“ bot hierfür Gelegenheit. Im Januar 2016 gab es unter dem Titel „Arbeit.Würde.Arbeitsmigration“ eine große Diskussionsveranstaltung, an der auch der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann teilnahm. Die damalige AWO-Vorsitzende Gerda Kieninger appellierte am Ende der Veranstaltung: „Unterstützen sie uns, Dortmund wieder zu der Stadt der Arbeit in Würde zu machen. Lassen sie uns dieses Ziel gemeinsam verfolgen – Glück Auf!“ – Leider blieb auch diese Initiative liegen.

⁴⁴ Durch seine längeren Arbeitsaufenthalte in Barcelona konnte Wilfried Kruse Kontakte zu Personen herstellen, die dort im Feld der Sozialen Stadtentwicklung aktiv waren und offene Einblicke ermöglichten.

Eine solche gemeinsame Vorgehensweise, zu der weitere Akteure einzuladen wären, könnte unter dem Motto stehen – so jedenfalls wurde damals formuliert: Dortmund für *alle* lebenswerter machen! Hierfür ließ man die Stärken Dortmunds Revue passieren: die Stadtstruktur kombiniert Großstadt mit „Nachbarschaftlichkeit“, es gibt positive Nachwirkungen des „Ruhrpott-Milieus“ auch im Sinne eines leichtmodernisierten sozialdemokratischen Milieus, die Lebenshaltungskosten sind vergleichsweise niedrig, es gibt zwar soziale Polarisierungen, aber sie prägen nicht die Stadt: als Dortmunder*innen sind wir eher egalitär als ungleich, pragmatisch, mit menschlichem Gesicht, eher hässlich als schön, aber mit dem Bewusstsein „wir können was“ und „wir stehen mit beiden Beinen im Leben“ und können bei Niederlagen wieder aufstehen („Borussia-Mentalität“?).

Es ist ein Versuch⁴⁵, nach dem definitiven Ende der durch Industrie und Mitbestimmung geprägten Stadt ihrer „Eigenlogik“⁴⁶ habhaft zu werden, in der sich das „Erbe“ ihrer Geschichte wiederfindet, vor allem unter dem Aspekten von sozialem Zusammenhalt und Guter Arbeit, aber nicht nostalgisch, sondern mit Blick auf die Zukunft. Denn: Jede Stadt ist ein „Individuum“⁴⁷.

Das Ende der „Ära Weber“

Der Schwung, der in Barcelona geholt wurde, hielt aber nach Rückkehr dem Alltag mit seinen Routinen und auch Überlastungen nicht stand. Dann kommt das Ende der „Ära Weber“. Für ihn heißt das: seinen Lebensalltag umbauen, sich stärker der Familie zuwenden. Und sich weiter engagieren: für das Arbeitslosenzentrum und als Vorsitzender der Fritz-Hüser-Gesellschaft dafür, dass Dortmund als ein Zentrum der Arbeiterliteratur lebendig bleibt – auch keine leichte Aufgabe. Eine der Studienreisen der Hüser-Gesellschaft führte uns gemeinsam⁴⁸ nach Hoyerswerda in Ost Sachsen: eine spannende Begegnung⁴⁹ mit einer Region mit einem ähnlich tiefgreifenden Strukturwandel wie im Ruhrgebiet.

2017 zieht Weber als „Kritischer Freund“ beim Jahresforum der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative⁵⁰ in Karlsruhe eine Art rückblickender Bilanz: „Auch in „reichen“ Kommunen mit wachsender ökonomischer Prosperität gilt: Polarisierung und Spaltung erkennen wir nicht nur in Bereichen des Einkommens, der Vermögensverteilung, in Bereichen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes. Es geht auch um gesellschaftliche Teilhabe als Ganzes. Auch „wohlhabende“ Kommunen müssen sich der „sozialen Lage“ stellen. Eine fortschreibende Armut- und Reichtums-Berichterstattung einschließlich eines integrierten

⁴⁵ Im Stadtmarketing verkommt das dann zuweilen zu banalen Werbesprüchen wie „Dortmund überrascht Dich!“

⁴⁶ Ein Begriff von Helmuth Berking und Martina Löw, die davon ausgehen: „Städte unterscheiden sich in ihrer Struktur und Anlage, in ihrem Potenzial, ihrer Geschichte und den Images, die sie hervorrufen... Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf der eigenen Logik, die der Entwicklung jeder Stadt zugrunde liegt, sowie auf dem „lokalen Wissen“, das zur Lösung von Problemen beitragen kann.“ Vergl. Helmuth Berking, Martina Löw 2008: *Die Eigenlogik der Städte*. Neue Wege für die *Stadtforschung*. Frankfurt am Main/New York

⁴⁷ Eckehard Ehrenberg, Wilfried Kruse 2000: *Soziale Stadtentwicklung durch große Projekte?* Münster

⁴⁸ Wilfried Kruse und Angela Paul-Kohlhoff sind dort seit 2005 beratend bei der Entwicklung der dortigen Bildungslandschaft engagiert.

⁴⁹ Was Dortmund von Hoyerswerda lernen kann. *Sächsische Zeitung* vom 26.6.2014

⁵⁰ www.kommunale-koordinierung.de

Handlungskonzepts sollte in das kommunale Pflichtenheft aufgenommen werden. Wachsende Disparitäten zwischen Arm und Reich, in welchen Erscheinungsformen auch immer, sind komplexe Themen, jedoch in der (politischen) Öffentlichkeit nicht immer leicht zu vermitteln. Dennoch, sie gehören auch auf die kommunale Tagesordnung.“

Das Original

Als Eberhard Weber Ende 2009 als DGB-Vorsitzender ausscheidet, titelt Dirk Berger in der Westfälischen Rundschau⁵¹: „Das Klischee ist das Original“ und führt aus: „Er ist immer vorneweg gewesen. Nur nicht die Schnauze halten. Eberhard Weber erfüllt mit diesen Eigenschaften für manchen das Klischee eines Gewerkschafters“. Aber das war eben nur die eine Seite, die andere Seite war – und ist – seine analytischen Fähigkeiten, sein respektvoller Umgang mit anderen, seine Verbindlichkeit und vor allem seine Hartnäckigkeit. Aber in gewisser Weise trifft die Überschrift „den Nagel auf den Kopf“: Die machtvolle Geste - das „Klischee“ – verdeckt den realen Macht- und Einflussverlust des DGB auf den lokalen Ebenen, den Weber nicht zu verantworten hatte, sich aber als Person stets dagegenstemmte und diese Jahre des Umbruchs in Dortmund im Sinne einer sozialen und solidarischen Stadt aktiv mitgestaltete.

Dortmund, Anfang Dezember 2020

⁵¹ Westfälische Rundschau vom 14.10.2009